



WIRTSCHAFTSKRISE

■ VON DER REDAKTION	
In eigener Sache	2
■ ANALYSE	
Die ukrainische Wirtschaft zum Jahresanfang 2009: Ein schwieriges Jahr voraus!	3
Von Robert Kirchner und Ricardo Giucci, Berlin/Kiew	
■ STATISTIK	
Aktuelle Wirtschaftszahlen	6
■ DOKUMENTATION	
Erklärung der IWF-Mission in die Ukraine	11
■ ANALYSE	
Krise ² = politische Krise x wirtschaftliche Krise	12
Von Katerina Malygina, Eichstätt-Ingolstadt / Bremen	
■ STATISTIK	
Finanz- und Devisenmarkt	15
■ UMFRAGE	
Die Wirtschaftskrise aus Sicht der ukrainischen Bevölkerung	18
■ CHRONIK	
Vom 28. Januar bis zum 10. Februar 2009	20

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 24.2.2009. Thema werden die politischen Parteien sein.



Von der Redaktion

In eigener Sache

Wie Sie an dieser Stelle in der letzten Ausgabe lesen konnten, hat unser langjähriger Sponsor, die »Otto Wolff-Stiftung«, leider Anfang Januar mitgeteilt, dass er die Russland- und die Ukraine-Analysen nicht mehr weiterfördern kann.

Seitdem haben wir eine Vielzahl von Unterstützungsbriefen und Anregungen für die Sponsorensuche bekommen, für die wir uns herzlich bedanken möchten. Auf unserem Konto sind bis zum Ende der letzten Woche insgesamt 800 Euro an Spenden für die Länderanalysen eingegangen. Allen Spendern möchten wir an dieser Stelle besonders herzlich danken.

Um die Analysen für eine Übergangszeit bis zum Sommer ohne Sponsor herausbringen zu können, reicht diese Summe jedoch leider nicht aus. Wir wenden uns deshalb erneut mit der Bitte an Sie, unsere Arbeit durch eine Spende zu unterstützen.

Die Spende erbitten wir an die »Forschungsstelle Osteuropa«. Da diese gemeinnützig ist, können Spenden von der Steuer abgesetzt werden. Bei Spenden bis zu 100 Euro reicht der Überweisungsbeleg Ihrer Bank als Spendenquittung. Bei größeren Beträgen geben Sie bitte Ihre Postadresse an, Sie erhalten dann eine Spendenquittung per Post.

Die Bankverbindung lautet:

Forschungsstelle Osteuropa
Konto-Nr. 1228 7868
Sparkasse Bremen
BLZ 290 501 01

Für Spenden aus dem Ausland:

IBAN: DE18 2905 0101 0012 287868
Swift-BIC: SBREDE22

Bei der Überweisung bitte unbedingt »**Spende für die Länderanalysen**« als Verwendungszweck angeben.

Die Redaktion der Russland- und Ukraine-Analysen
Matthias Neumann, Heiko Pleines, Henning Schröder

Analyse

Die ukrainische Wirtschaft zum Jahresanfang 2009: Ein schwieriges Jahr voraus!

Von Robert Kirchner und Ricardo Giucci, Berlin/Kiew

Zusammenfassung

Die Ukraine erlebt zum Jahreswechsel 2008/2009 eine harte wirtschaftliche Landung. Rapide Wachstumseinbrüche auf breiter Front, eine deutliche Abwertung der Währung sowie die fragile Situation im Bankensektor bestimmen das Bild. Dem IWF-Programm kommt jetzt die zentrale Bedeutung zu, die Rezession nicht in einen unkontrollierten finanziellen und wirtschaftlichen Kollaps münden zu lassen. Dies wird allerdings nur gelingen, sofern das Programm konsistent durchgeführt wird. Es gibt vereinzelte Anzeichen, dass in bestimmten Punkten von den Vereinbarungen mit dem IWF abgewichen wird (z. B. beim Budgetdefizit), d. h. die Implementierungsrisiken steigen. Hier ist es dringend nötig, schnell wieder auf den Weg der getroffenen Vereinbarungen zurückzukehren, da sonst ein wichtiger Stabilisierungsanker wegfällt, was die Situation dramatisch verschlechtern würde. Das Basisszenario sieht bei Umsetzung des Programms eine graduelle Erholung der Wirtschaft in den nächsten Jahren vor. Hohe Wachstumsraten des Einkommens privater Haushalte und ihrer Konsumausgaben wie vor der Krise wird es allerdings so bald nicht mehr geben.

Rückblick 2008

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Ukraine hat im Jahre 2008 zwei grundsätzlich verschiedene Muster gezeigt. Bis zum September erfolgte ein hohes reales Wachstum von 6,7 %, was sich etwa im Rahmen des Vorjahrs (2007: 7,9 %) bewegte. Durch das plötzliche Übergreifen der internationalen Finanzkrise auf die Ukraine, und die damit verbundene Offenlegung der existierenden Ungleichgewichte (hohe Inflation und Leistungsbilanzdefizit), änderte sich das Bild allerdings sehr schnell. Es kam in einem Rekordtempo zu einer Verschlechterung aller wesentlichen Indikatoren. Zur Veranschaulichung: im November betrug der BIP-Rückgang 14,4 % zum Vorjahr, die Industrieproduktion fiel gar um 29 %! Das 4. Quartal ist damit eines der schwärzesten in der Geschichte der Ukraine mit einem Rückgang der Aktivität um etwa 9 % zum Vorjahr. Durch diese gegenläufigen Entwicklungen betrug das Gesamtwachstum des realen BIP 2008 nur magere 2,1 %. Dies liegt damit deutlich unter den Prognosen zum Jahresanfang 2008, wo ursprünglich 6,8 % im Budget angenommen wurden.

Parallel zu der enttäuschenden Realwirtschaft kam es zu einer starken Abwertung des Wechselkurses: der Spitzenwert Mitte Dezember betrug deutlich über 9 Hrywnia (UAH) pro US-Dollar (USD), was deutlich über dem Kurs von etwa 4,50 UAH/USD zur Jahresmitte lag. Nach hohen Interventionen der Nationalbank hat sich der Kurs dann bei 7,70 UAH/USD zum Jahresende eingependelt. Die Abwertung beeinflusste die unverändert angespannte Situation im Bankensektor negativ, nachdem die Rettung der beiden angeschlag-

nen Banken Prominvest und Nadra im Dezember vorerst gescheitert war.

Ausblick 2009

Budget

Ein wichtiges Ereignis war die Verabschiedung des Budgetgesetzes 2009 am 26. Dezember 2008, die exakt mit der erforderlichen Mindeststimmenzahl erfolgte. Das Gesetz wurde vom Präsidenten bereits unterzeichnet und ist damit in Kraft getreten. Positiv ist zu vermerken, dass die Sozialausgaben nominal stabil bleiben; starke Anstiege der Mindestlöhne und -renten, wie in den Vorjahren, sind nicht geplant. Allerdings beruht der Plan auf unrealistischen makroökonomischen Annahmen wie einem positiven realen BIP-Wachstum von 0,4 % und einer Inflationsrate von nur 9,5 % zum Jahresende 2009. Auch wenn sich die Fehleinschätzungen der Größen bis zu einem gewissen Grad gegenseitig neutralisieren dürften, so scheinen doch signifikante Risiken auf der Einnahmenseite zu existieren.

Im Gegensatz zu den optimistischen Budgetannahmen geben andere Institutionen eine deutlich pessimistischere Einschätzung für 2009, wie Tabelle 1 auf der nächsten Seite zeigt.

Das Budget sieht ein geplantes Defizit von 3 % des BIP vor, entgegen den Bestimmungen des IWF-Memorandums, wo ein ausgeglichenes Budget vereinbart wurde (exklusive Rekapitalisierungskosten des Bankensystems). Ebenso wird die Devisensteuer beibehalten, wobei allerdings der Steuersatz auf 0,2 % gesenkt wurde. Auch hier gibt es eine Abweichung zu

Tabelle 1: Prognose der wichtigsten wirtschaftlichen Indikatoren 2009

	Budget 2009	Weltbank	IER Kiew	Ukrsibbank
Reales BIP-Wachstum, in %	0,4	-4,0	-7,2	-4,5
Inflation, in % (Jahresdurchschnitt)	9,5*	13,6*	17,5	13,8
Leistungsbilanz, in % vom BIP	k.A.	-1,1	-4,7	-4,4
BIP, in Mrd. USD	139,6	k.A.	113,9	132,9
Wechselkurs UAH/USD (zum Jahresende)	7,5	k.A.	8,8	8,2

* zum Jahresende

der ursprünglich vereinbarten Abschaffung der Steuer. Laut Memorandum ist das Budget allerdings erst ein Kriterium für die im April 2009 anstehende Prüfung des IWF-Programms. Möglicherweise genau aus diesem Grund hat daher das Parlament beschlossen, dass bis spätestens zum 1. Mai das Ministerkabinett Änderungsvorschläge dem Parlament vorzulegen hat. Hier eröffnet sich Spielraum für eine eventuelle Kompromisslösung mit dem IWF.

Konfrontation Nationalbank – Parlament

Seit Ende Dezember wird im Parlament ein offener Konflikt um die Spitze der Nationalbank ausgetragen. Das Ministerkabinett wirft der Leitung der Nationalbank fragwürdige Refinanzierungsmodalitäten für die angeschlagene Bank Nadra vor, die angeblich zur Destabilisierung der Hrywnia beigetragen haben. Während jüngst die staatliche russische Bank VEB 75 % der Anteile der Prominvestbank übernommen hat, ist für Nadra bisher keine Lösung in Sicht. Dieser Machtkonflikt gipfelte in mehreren Versuchen des Parlaments, eine Entlassung des Gouverneurs der Nationalbank zu bewirken.

Diese Auseinandersetzung lässt sich allerdings auch in einem anderen Licht interpretieren. Im Vordergrund steht hier die Frage der Finanzierung des Budgetdefizits, die sich sehr schwierig gestaltet. Während hohe Privatisierungserlöse nicht zu erwarten sind, ist die Ukraine kaum in der Lage, auf dem Kapitalmarkt bedeutende Summen aufzunehmen. Als ein möglicher Ausweg wurde die Finanzierung des Defizits durch die Nationalbank ins Spiel gebracht. Bereits in den letzten Monaten des Jahres 2008 kaufte die Nationalbank in nen-

nenswertem Umfang Staatsanleihen an. Die Gefahr bei der Fortsetzung einer solchen Politik der Monetisierung von Budgetdefiziten besteht in einer unverändert sehr hohen Inflation, sowie einem drastischen Vertrauensverlust in das makroökonomische Management der Entscheidungsträger und damit auch einer weiterer Schwächung der Währung.

Außenhandel

Der internationale Handel des Landes wird durch die Krise auch in 2009 stark getroffen. Nach jüngster Schätzung des IER Kiew wird es zu einem Rückgang der Güterexporte um 21,9 Mrd. USD kommen (von 65,8 Mrd. USD in 2008 auf 43,9 Mrd. USD in 2009). Noch härter wird es die Importe treffen, die voraussichtlich um 26,4 Mrd. USD schrumpfen werden (von 81,6 Mrd. USD auf 55,2 Mrd. USD). In diesem Zusammenhang muss auch auf die Gefahr möglicher handelspolitischer Restriktionen verwiesen werden. Die Anti-Import-Gesetzgebung, die vom Parlament im Dezember beschlossen wurde, sieht einen temporären 13 %-igen Aufschlag auf Importzölle (außer auf sogenannte kritische Importe) vor. Dies widerspricht direkt dem IWF-Memorandum, wo solche Maßnahmen explizit ausgeschlossen werden. Durch das Veto des Präsidenten ist dieses Projekt allerdings vorerst gestoppt.

Fazit

Während die Wirtschaft der Ukraine in den ersten drei Quartalen 2008 kräftig gewachsen ist, setzte im 4. Quartal 2008 eine harte Landung ein, die sich in 2009 fortsetzen wird. Nachdem eine Reihe von richtigen Anpassungsmaßnahmen mit dem IWF-Programm

durch die Politik schnell verabschiedet wurde, bleibt nun allerdings abzuwarten, ob diese auch korrekt implementiert werden. Bei Abweichungen von den vereinbarten Maßnahmen bzw. nicht konsistenter Implementierung steigt das Risiko einer weiteren Krisenverschärfung. Das Marktvertrauen in die Entscheidungsträger würde sinken, und dementsprechend würden externe Refinanzierungsprobleme akuter werden.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Januar 2010 besteht möglicherweise wenig Neigung, kurzfristig unpopuläre, aber notwendige Maßnahmen zu treffen. Diese Konstellation, die populistische Politiken begünstigt, ist daher als Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung einzuschätzen. Außerdem

wird eine mögliche Erholung in starkem Maße von externen Faktoren abhängen: weitere Verschlechterungen der Export- im Verhältnis zu den Importpreisen (Terms-of-Trade) sowie der externen Nachfrage implizieren Abwärtsrisiken.

Aber selbst bei einer leichten Erholung der Weltwirtschaft ab dem 2. Halbjahr 2009 wird die Ukraine laut IWF frühestens 2011 wieder im Rahmen ihres Potenzials von 5–6 % wachsen. Dies impliziert, dass damit mittelfristig auch die Einkommensentwicklung und die Konsumausgaben der Bevölkerung deutlich langsamer wachsen werden als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Über die Autoren:

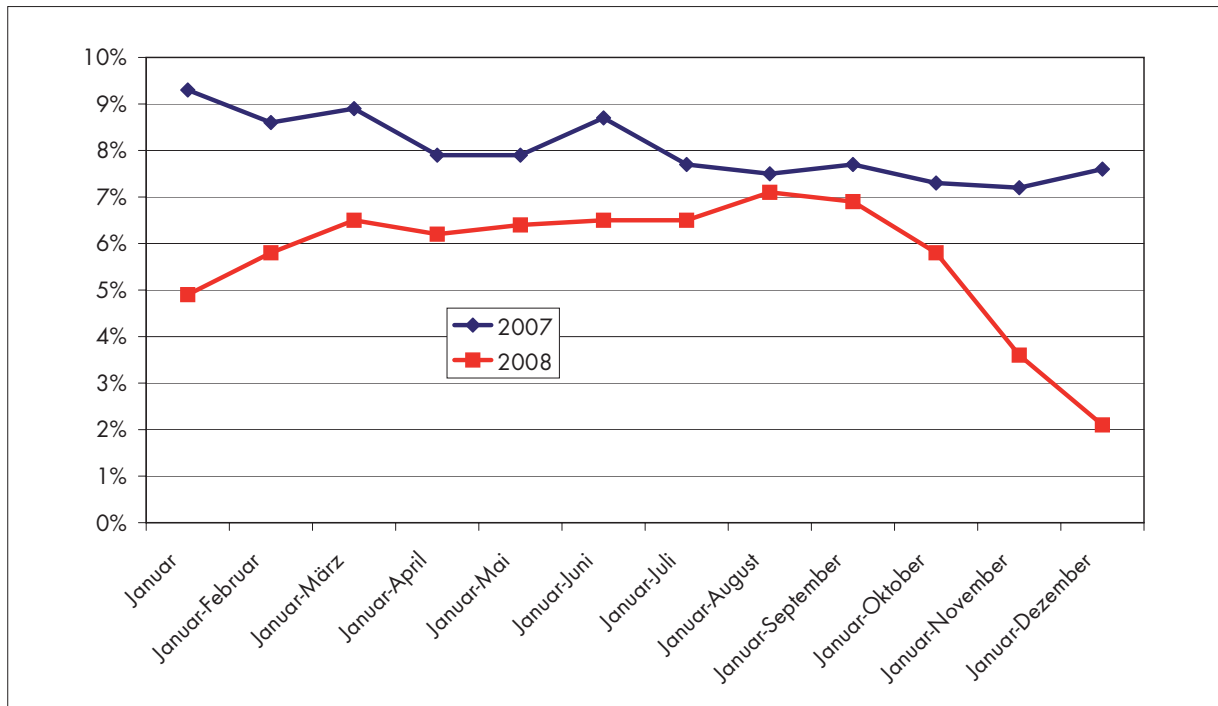
Dr. Ricardo Giucci ist Leiter und Robert Kirchner Mitglied der Deutschen Beratergruppe bei der ukrainischen Regierung, die durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms finanziert wird.

Lesetipp:

Der vorliegende Beitrag ist ein Nachdruck des aktuellen Newsletters der Beratergruppe (Nr. 5 vom Januar 2009). Zum regelmäßigen Bezug des Newsletters genügt eine Email an newsletter@beratergruppe-ukraine.de

Statistik
Aktuelle Wirtschaftszahlen

Reales BIP für 2007 und 2008 (jeweils ab Januar akkumuliert, Veränderung in % gegenüber den entsprechenden Vorjahreswerten)

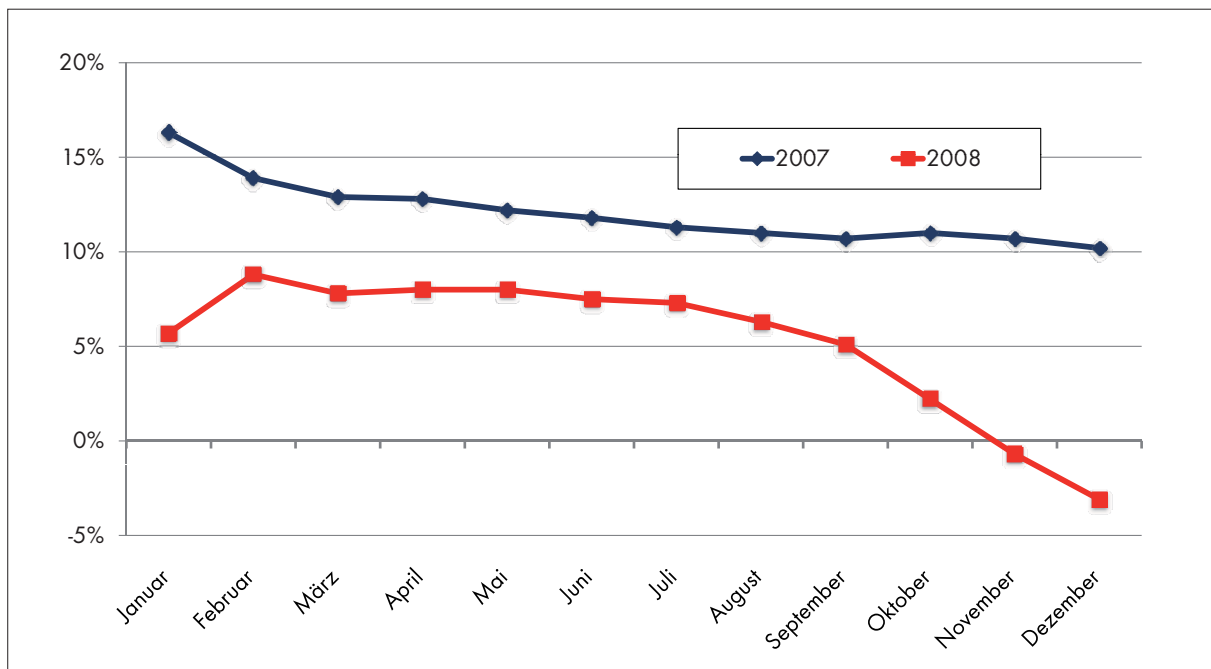


Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee, <http://www.ukrstat.gov.ua/>

Entwicklung des realen BIP 2000–2008 (Veränderung zum Vorjahr in %)

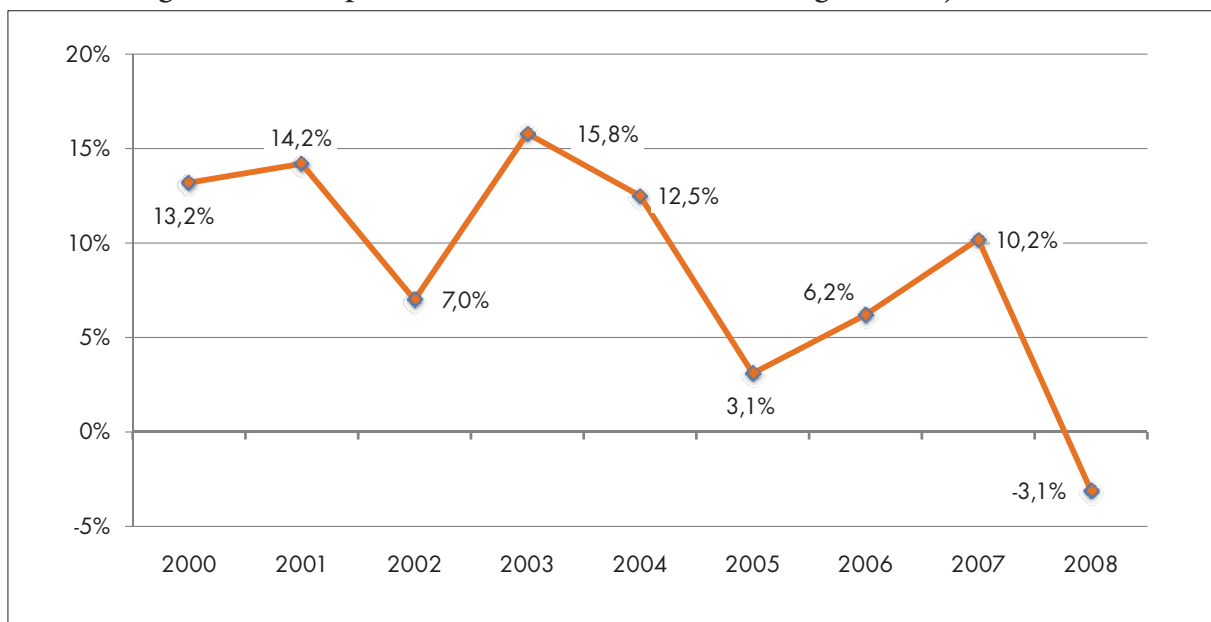

Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee, http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2005/wp/wp_ric/wp_u.htm,
http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2008/mp/op/op_u/op1108_u.htm

Entwicklung der Industrieproduktion 2007 und 2008 (jeweils ab Januar akkumuliert, Veränderung in % gegenüber den entsprechenden Vorjahreswerten)



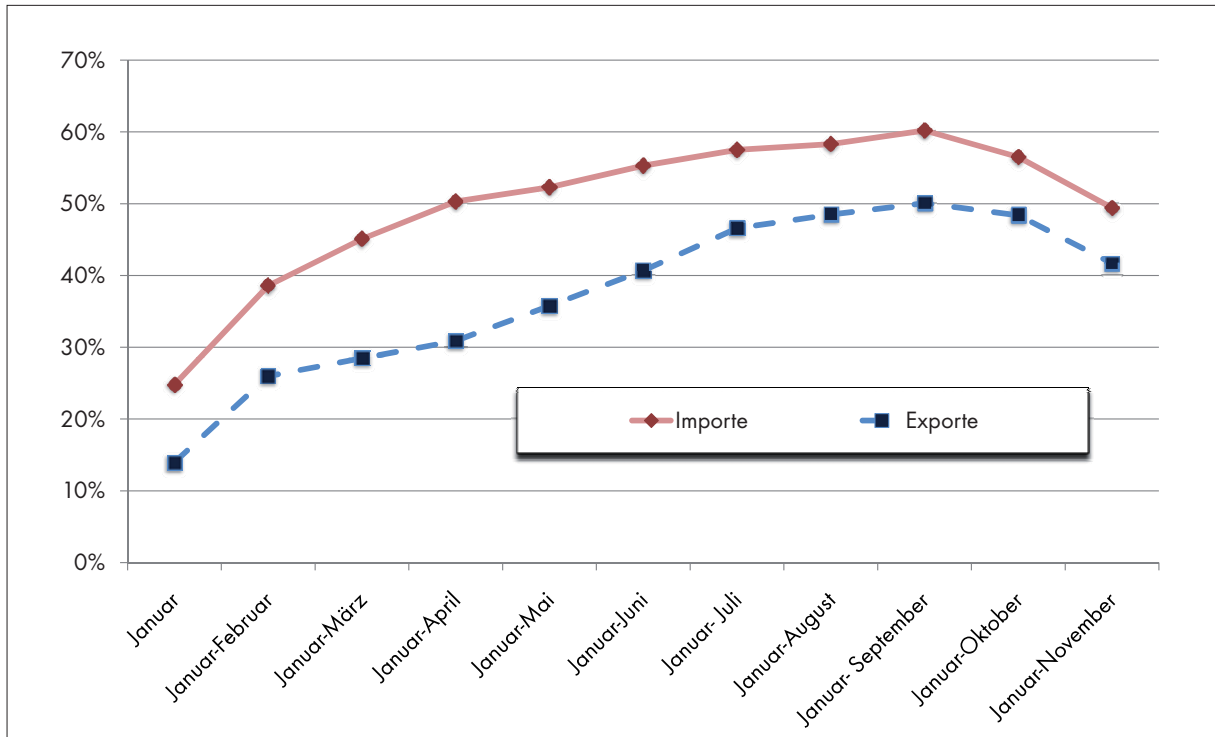
Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee, <http://www.ukrstat.gov.ua/>

Entwicklung der Industrieproduktion 2000–2008 (Veränderung zum Vorjahr in %)



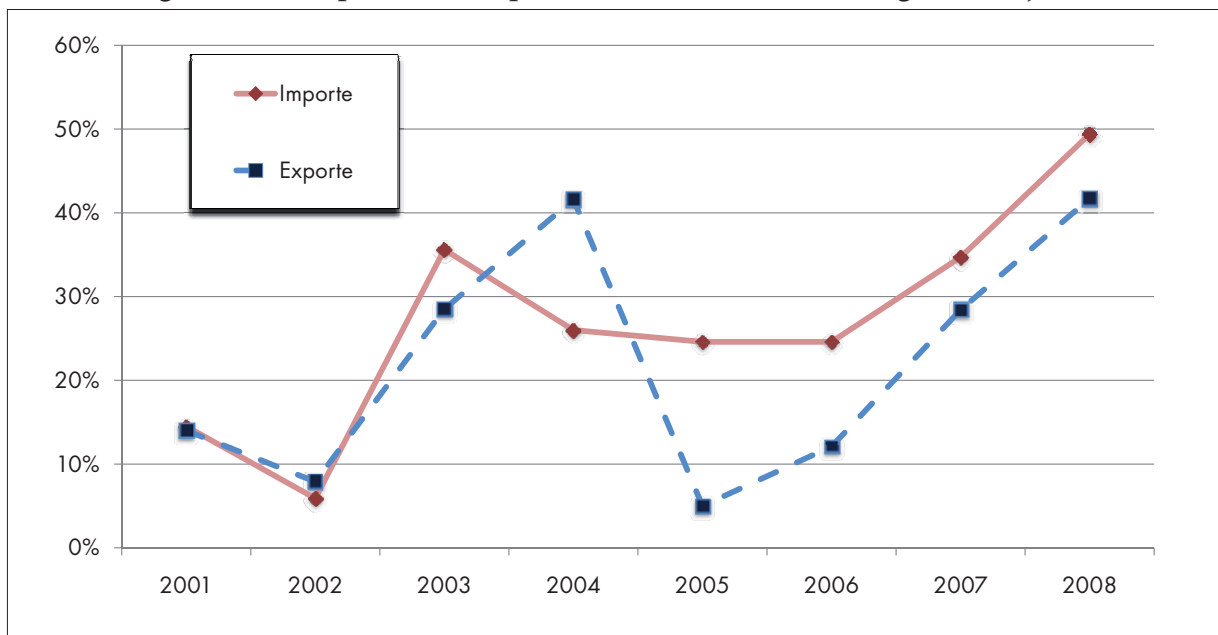
Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee, http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2008/so_ek_r_u/soekru_u/11_2008/page_04.htm

Güterimporte und -exporte 2008 (ab Januar akkumuliert, Veränderung in % gegenüber den entsprechenden Vorjahreswerten)



Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee, www.ukrstat.gov.ua

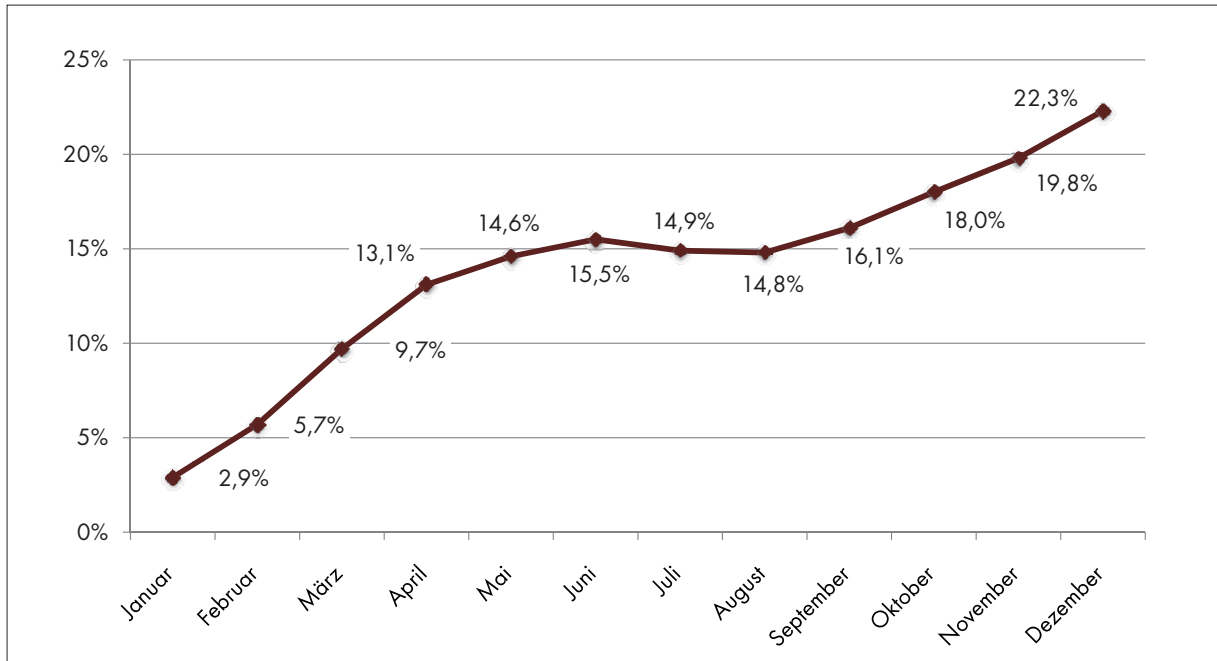
Entwicklung der Güterimporte und -exporte 2001–2008 (Veränderung zum Vorjahr in %)



Anmerkung: 2008: Daten nur für Januar bis November.

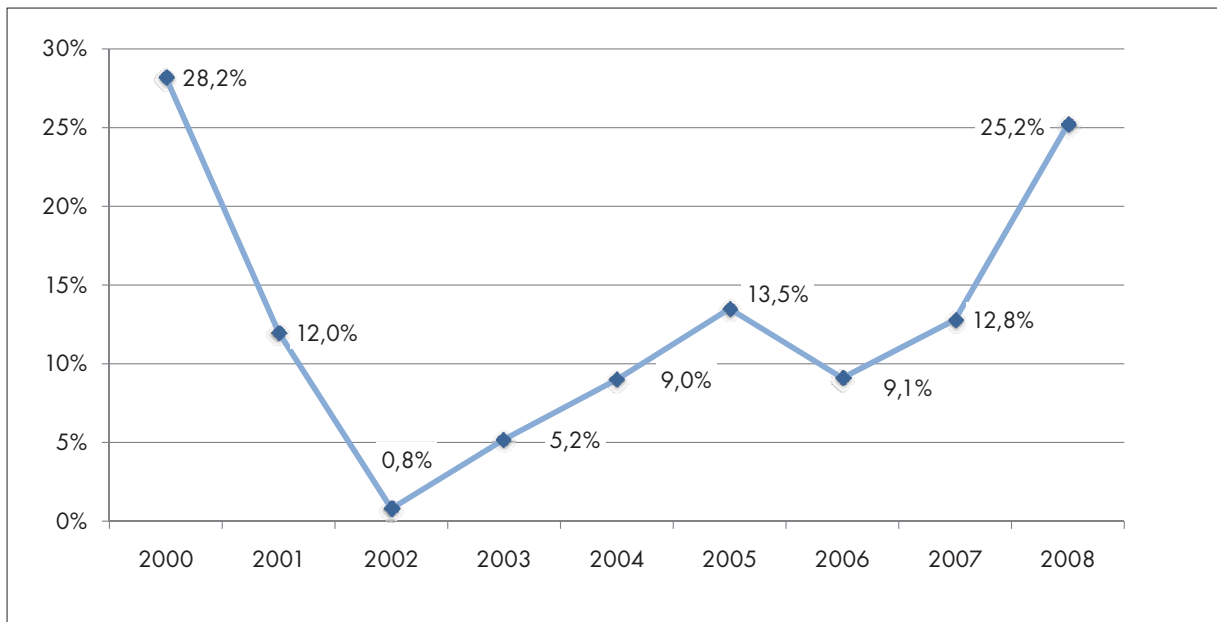
Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee, www.ukrstat.gov.ua

Inflationsrate 2008 (Verbraucherpreisindex, monatsweise gegenüber Dezember 2007)



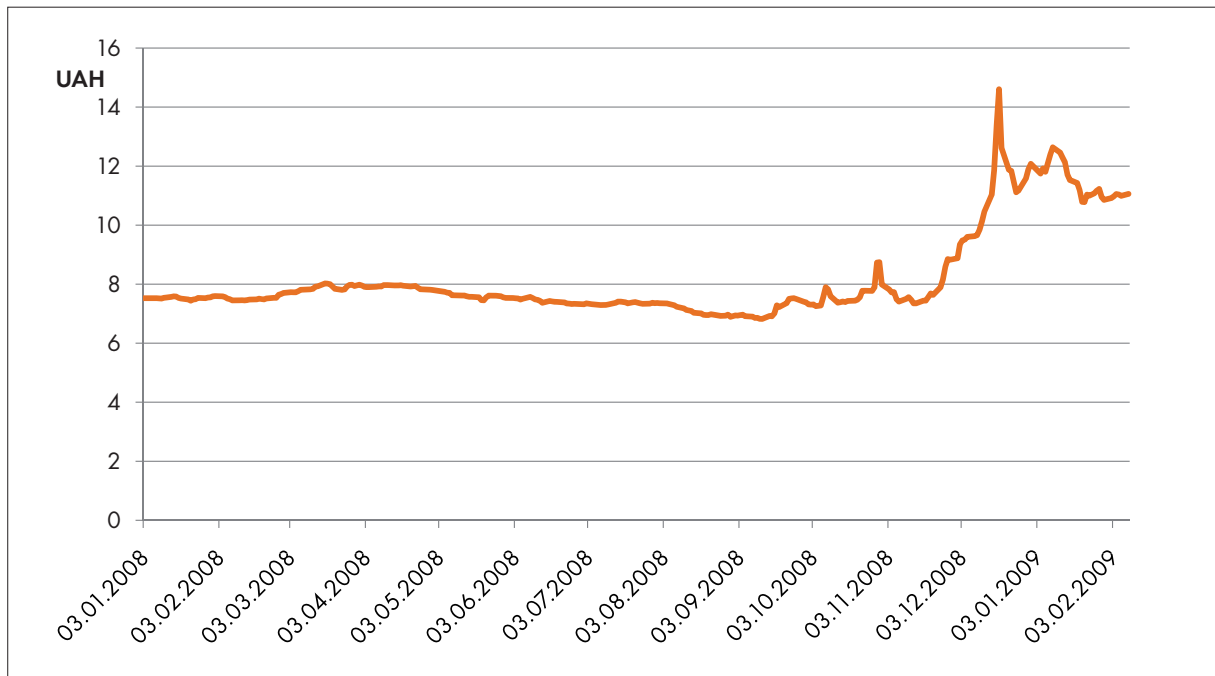
Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee, http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2008/ct/isc+icv/cv_2008_un.htm

Inflationsrate 2000–2008 (Veränderung in % zum Vorjahr)



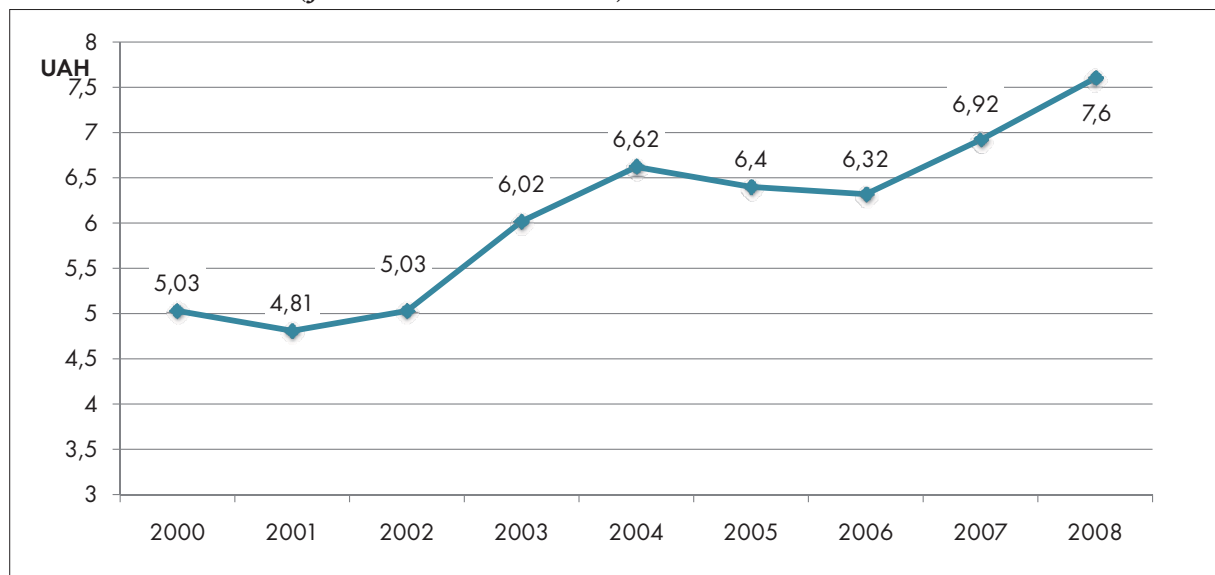
Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee, http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2006/ct/cn_rik/isc/isc_u/isc_per_u.htm

Realer Euro-Wechselkurs in Kiewer Banken 3. Januar 2008 – 9. Februar 2009 (Verkauf)



Quelle: Finance.ua, <http://charts.finance.ua/ru/currency/cash/-/2/usd/3>

Wechselkurs des Euro (Jahresdurchschnittswert)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, http://ierpc.org/ierpc/memu/memu_96_oct_08_en.pdf

Zusammengestellt von Katerina Malygina.

Dokumentation

Erklärung der IWF-Mission in die Ukraine

Die Ukraine hat sich mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) am 6.11.2008 auf einen Stand-By-Kredit in Höhe von 16,4 Mrd. US-Dollar geeinigt, der der Ukraine helfen soll, die Folgen der internationalen Finanzkrise zu überwinden. Der Kredit ist mit Auflagen verbunden, denen die Ukraine mit einer Absichtserklärung vom 31.10.2008 zugestimmt hat. Am 6.2.2009 hat eine IWF-Mission in die Ukraine eine aktuelle Bestandsaufnahme zur Kreditvereinbarung und der Lage der ukrainischen Wirtschaft veröffentlicht, die im folgenden im Original vollständig wiedergegeben wird.

Quelle: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2009/pr0925.htm>

Statement by the IMF Mission to Ukraine

Press Release No. 09/25

February 6, 2009

A mission from the International Monetary Fund (IMF) headed by Ms. Ceyla Pazarbasioglu has been holding discussions with the Ukrainian authorities regarding the first review of Ukraine's Stand-By Arrangement with the Fund.

Ms. Pazarbasioglu issued the following statement today on the status of discussions:

“Since the adoption of the IMF supported program, the global economic environment has deteriorated markedly. Ukraine's economy has not been excluded from this process. The economic situation remains difficult associated with decline in demand for steel products and the sharply reduced access to international capital markets. While the economic outlook for Ukraine has become more uncertain, the underlying dynamism of the economy and a consistent implementation of sound policies should allow a gradual resumption of growth.

The authorities have responded to these challenges. The currency has undergone a large adjustment, which has improved the outlook for Ukraine's export industries. The current account deficit has started to narrow and, despite the currency depreciation, inflation has continued to decline. The diagnostic phase of the bank recapitalization program has been completed, and its effective implementation should help restore confidence in the banking system.

The sharper-than-expected contraction in economic activity requires a recalibration of economic policies. In particular, the IMF team and the authorities have discussed potential revisions to the program's balanced budget target for 2009, taking into account the availability of financing. The ongoing discussions are focusing on appropriate fiscal measures, monetary and exchange rate policies, and measures to strengthen confidence in the banking system.

Significant progress has been made in discussions on fiscal, monetary, and exchange rate policies, and on measures to strengthen confidence in the banking system, but a few issues remain outstanding. Discussions between the Ukrainian authorities and Fund staff on these issues will continue in the coming weeks, and we expect the mission to return soon to complete discussions.”

Analyse

Krise² = politische Krise x wirtschaftliche Krise

Von Katerina Malygina, Eichstätt-Ingolstadt / Bremen

Die politische Krise in der Ukraine ist seit dem Ende des Gaskonflikts wieder in vollem Gange. Am 5. Februar 2009 versuchte die oppositionelle Partei der Regionen erfolglos der Regierung das Misstrauen auszusprechen. Für diesen Schritt stimmten nur 203 der 226 erforderlichen Abgeordneten. Im Grunde entwickelten sich die jüngsten Auseinandersetzungen in der ukrainischen Politik um die Frage, wer die Verantwortung für die Verschärfung der ökonomischen Krise trage. Der Präsident und die Opposition werfen der Regierung die Annahme eines unrealistischen Staatshaushalts für das Jahr 2009 vor, dessen Nichterfüllung katastrophale Folgen für die Ukraine haben würde. So müsste Ministerpräsidentin Julia Timoschenko die Geldmenge entschieden erhöhen, um den Staatshaushalt zu finanzieren. Dies wiederum hätte jedoch hohe Inflationsraten und eine weitere Abwertung der Hrywnja zur Folge. Im Gegenzug beschuldigt Timoschenko den Präsidenten und die Nationalbank der Ukraine (NBU) der Korruption im Zuge der Bankenrefinanzierung, wodurch es zu wilden Spekulationen auf dem Geldmarkt gekommen sei.

Die Refinanzierung im Jahre 2008

Seit Beginn der Finanzkrise im Oktober 2008 ist die Liquidität das größte Problem des Bankensystems. Gerüchte über Liquiditätsprobleme in einer der größten Banken haben in der Bevölkerung Panik ausgelöst. Die Menschen begannen, ihre Spareinlagen vorzeitig abzuheben. Die NBU reagierte darauf mit einem Verbot für die Banken, Einlagen vorzeitig auszuzahlen, was wiederum zu einem Vertrauensverlust gegenüber dem Bankensystem führte. Des Weiteren ist die Nachfrage nach Hrywnja auf dem Interbanken-Markt wegen der Liquiditätsprobleme und des geringen Vertrauens zwischen den Banken gestiegen. Ende November 2008 betrug der durchschnittliche Zinssatz für »overnight«-Darlehen über 50 % pro Jahr. Aus all diesen Gründen war die NBU gezwungen den Banken durch Refinanzierung Nothilfe zu leisten. So erhielten die Banken durch die Refinanzierung allein von Oktober bis Dezember 2008 insgesamt 105 Mrd. Hrywnja vom Staat, das sind 62 % der Gesamtzahlungen des Jahres 2008.

Gleichzeitig bemühte sich die NBU, den Wechselkurs durch den Verkauf von Devisenreserven zu stabilisieren. So hat die Zentralbank in den letzten vier Monaten 11 Mrd. US-Dollar ihrer Devisenreserven auf diesen Zweck verwendet, was einem Drittel der gesamten Devisenreserven zu Beginn des Jahres 2008 entspricht. Der offizielle Wechselkurs, zu dem die NBU ihre Devisenmarktinterventionen durchführte, war aber deutlich niedriger als der marktübliche. Im Ergebnis haben sich die Banken diesen Unterschied zwischen den Wechselkursen zunutze gemacht: die Refinanzierungsmittel wurden zum Kauf von »billigen« Devisen genutzt, die dann zu einem höheren Preis an die Bevölkerung weiterverkauft wurden.

Ein großer Teil des Bargeldes, das die Bevölkerung aus den Banken abgezogen hatte, wurde nämlich in Fremdwährung konvertiert, wodurch eine hohe Nachfrage nach Devisen in bar entstand. So wurden in den letzten drei Monaten des Jahres 2008 insgesamt Devisen im Wert von 8,1 Mrd. US-Dollar verkauft, während nur 4,7 Mrd. US-Dollar gekauft wurden. Die Befriedigung dieser Nachfrage nach Devisen versprach schneller Profit abzuwerfen als die Kreditvergabe und sie bestimmte insgesamt das Verhalten der Banken. Es gab aber keinen Mechanismus zur Kontrolle der Verwendung der Refinanzierungsmittel und es gab auch keine klaren Kriterien für die Verteilung dieser Mittel unter den Banken. Diese Situation mündete darin, dass einige wenige Banken im November 2008 besondere Bedingungen für die Refinanzierung zugestanden bekamen. Laut Ministerpräsidentin Timoschenko wurden von den 40 Mrd. Hrywnja allein 11 Mrd. an nur sieben Banken überwiesen. Die Ministerpräsidentin warf dem Präsidenten Viktor Juschtschenko und dem NBU-Vorsitzenden Wolodymyr Stelmach vor, ein persönliches Interesse an dieser Verteilung der Gelder zu haben und forderte mehrfach den Rücktritt von Stelmach. Jedoch liegen die Gründe für die Hartnäckigkeit der Ministerpräsidentin nicht nur im Kampf gegen die Währungsspekulation.

Staatshaushalt für 2009 ist unrealistisch

Der Staatshaushalt für das Jahr 2009 wurde eher aus politischen als aus ökonomischen Gründen angenommen, denn aus wirtschaftlicher Sicht ist er unrealistisch.

Erstens sind die makroökonomischen Kennzahlen, auf denen der Staatshaushalt basiert, sehr zweifelhaft. So erwartet die Regierung ein BIP-Wachstum von 0,4 %

in diesem Jahr, was stark von den Prognosen internationaler Organisationen abweicht, die eine Rezession von bis zu 5 % vorhersagen. Weiterhin soll die Inflationsrate 9,5 % betragen. Jedoch lag die Inflation im Januar 2009 schon bei 2,9 % und im letzten Jahr bei insgesamt 22,3 %. Darüber hinaus ist ein Haushaltsdefizit von ca. 3 % des Bruttoinlandsprodukts vorgesehen. Aber selbst in den Euro-Ländern wird trotz der Maastricht-Kriterien erwartet, dass das Defizit im Durchschnitt 4 % des BIPs betragen wird.

Zweitens ist es fraglich, ob die geplanten Einnahmen auch so wie im Haushaltsplan vorgesehen verwirklicht werden können. So soll der Großteil des Haushaltes durch Steuern finanziert werden. Aber angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise wird es wahrscheinlich nicht gelingen, die Umsatzsteuereinnahmen fast auf der für 2009 vorgesehenen Höhe zu halten und das Volumen der Mehrwertsteuer sogar etwas zu erhöhen. Des Weiteren sollen die Einnahmen aus Verbrauchssteuern im Jahr 2009 fast verdoppelt werden und einen Anteil von bis zu 14 % der Steuereinnahmen erreichen. Interessant ist auch, dass der Verkauf von Rüstungsgütern fast 30 % der nicht-steuerlichen Einnahmen betragen soll. So sollen Erlöse in Höhe von 3,8 Mrd. Hrywnja aus dieser Quelle erzielt werden, während sie im Staatshaushalt für 2008 nur mit 0,6 Mrd. Hrywnja angesetzt waren. Zwar machen die Einkommen der regionalen und kommunalen Haushalte nur einen geringen Teil der gesamten Einnahmen aus, sie sind aber auch nicht gesichert. Im vergangenen Jahr konnten viele Städte bereits ihre Haushalte nicht ausgleichen und die Defizite wurden ins Jahr 2009 übertragen.

Darüber hinaus will die Regierung den Staatshaushalt auch mit Hilfe von Privatisierungen finanzieren, durch die etwa 8,5 Mrd. Hrywnja erzielt werden sollen. Der gleiche Betrag war ursprünglich im Haushalt für das Jahr 2008 vorgesehen. Die Einnahmen durch Privatisierung beliefen sich aber im vergangenen Jahr nur auf 0,6 Mrd. Hrywnja. Während die Privatisierung 2008 durch den Konflikt zwischen dem Präsidenten und der Ministerpräsidentin zu diesem Thema blockiert wurde, kann es 2009 ernsthafte Probleme aufgrund niedriger Preise und eines Mangels an Käufern geben.

So ist es sehr wahrscheinlich, dass der Haushaltsplan in diesem Jahr noch oft überarbeitet wird, wie es schon im Jahr 2008 passiert ist, als insgesamt acht Nachtragshaushalte verabschiedet wurden. Die Probleme mit der Implementierung des Budgets haben bereits begonnen. So gab es Ende Januar ein »Loch« von 6 Mrd. Hrywnja im Haushalt, das erst nach der Freigabe von Erdgas durch den Zoll und die Überweisung von

Mitteln der Nationalbank am letzten Tag des Monats gestopft wurde. Jedoch kann das Budget nicht jeden Monat auf diese Art gefüllt werden, und es ist wahrscheinlich, dass das Haushaltsdefizit wachsen wird.

Die NBU als politisches Objekt

Um das Defizit zu finanzieren, beabsichtigt die Regierung, die Staatsschuld der Ukraine deutlich zu erhöhen. Julia Timoschenko rechnet aber nicht mit bedeutenden Darlehen aus dem Ausland, die nach dem Haushaltsplan nur ca. 20 Mrd. Hrywnja umfassen sollen, während der Großteil, nämlich 70 Mrd. Hrywnja, durch die Emission von Staatsobligationen auf dem ukrainischen Markt aufgenommen werden soll. Zum Vergleich: Im Budget für 2008 waren einheimische Kredite im Umfang von 18 Mrd. Hrywnja geplant. Darüber hinaus ist im Budget für dieses Jahr eine Klausel vorgesehen, die eine Erhöhung der maximal möglichen Staatsschuld erlaubt.

Um diese Finanzierung durch einheimische Kredite zu garantieren, hat die Regierung im Budget das folgende Verfahren vorgesehen: Private Banken werden gezwungen im Gegenzug für eine Refinanzierung durch die NBU Staatsanleihen zu kaufen, die von der Regierung emittiert werden. Obwohl die Nationalbank die neue Regelung zur Unterstützung der Liquidität der Banken bestätigt hat, ist sie doch der Meinung, dass der Umfang der Refinanzierungen begrenzt werden sollte – sie sollten nur zur Deckung der Verluste verwendet werden, die durch das Abheben von Spareinlagen entstanden sind, oder zur Absicherung von faulen Krediten; allerdings sieht die neue Regelung der Refinanzierung so, wie sie im Budget festgeschrieben ist, keine solchen Begrenzungen vor. Mehr noch, die Nationalbank wird künftig nicht mehr das Recht haben, eigenständig die Verteilung der Refinanzierung zu bestimmen und wird bei der Festsetzung des Refinanzierungssatzes eingeschränkt – dies wird jetzt vor dem Verfassungsgericht der Ukraine als Verletzung der politischen Unabhängigkeit der Nationalbank angefochten. Die neuen Regelungen im Budget wurden als Kampf gegen das korrupte System der Refinanzierung dargestellt, könnten aber zu einer noch gefährlicheren unbegrenzten Staatsschuld führen.

Damit dieser Plan zur Finanzierung des Budgets funktioniert, versucht Timoschenko mit allen Kräften, Stelmach, der ihren Worten zufolge »für den Präsidenten« ist, durch einen Vorsitzenden der Nationalbank zu ersetzen, der ihr gegenüber loyaler ist; die Entlassung des Vorsitzenden der NBU gehört allerdings zu den Vollmachten des Präsidenten. Trotzdem gelang es Timo-

schenko, diese Bestimmung mit Hilfe des Parlaments zu umgehen. Ende Dezember entzog das Parlament dem Vorsitzenden und dem Vorstand der Nationalbank das Vertrauen und bildete einen temporären Untersuchungsausschuss, der die Tätigkeit der Nationalbank in der Finanzkrise untersuchen soll. Am 15. Januar beurlaubte das Parlament Stelmach für die Dauer der Tätigkeit dieses Ausschusses. Auf der Sitzung am 26. Januar hob das Parlament seinen vier Jahre alten Beschluss zur Ernennung von Stelmach zum Vorsitzenden der Nationalbank auf und ernannte den stellvertretenden Vorsitzenden der Nationalbank zum geschäftsführenden Vorsitzenden. Eine Fortsetzung des Skandals um den Vorsitzenden der NBU ist aber weiterhin zu erwarten.

Resümee

Die Nationalbank der Ukraine ist daher in der letzten Zeit zu einem politischen Objekt geworden, was eine offene Verletzung der Verfassung der Ukraine ist. Die Konfrontation zwischen Präsident und Ministerpräsidentin kann aber unter den Bedingungen der

Wirtschaftskrise bis zu einem gewissen Grad als positiv betrachtet werden, da sie als gegenseitige Abschreckung gegen Exzesse wie etwa eine grenzenlose Ausweitung der Geldmenge oder korrupte Devisen-Spekulationen funktionieren kann.

Doch schaden die anhaltenden politischen Auseinandersetzungen immer mehr, da sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Frage »Wer trägt die Verantwortung für die Krise?« richten und die Frage »Was sind die Wege aus der Krise?« praktisch unbeantwortet lassen.

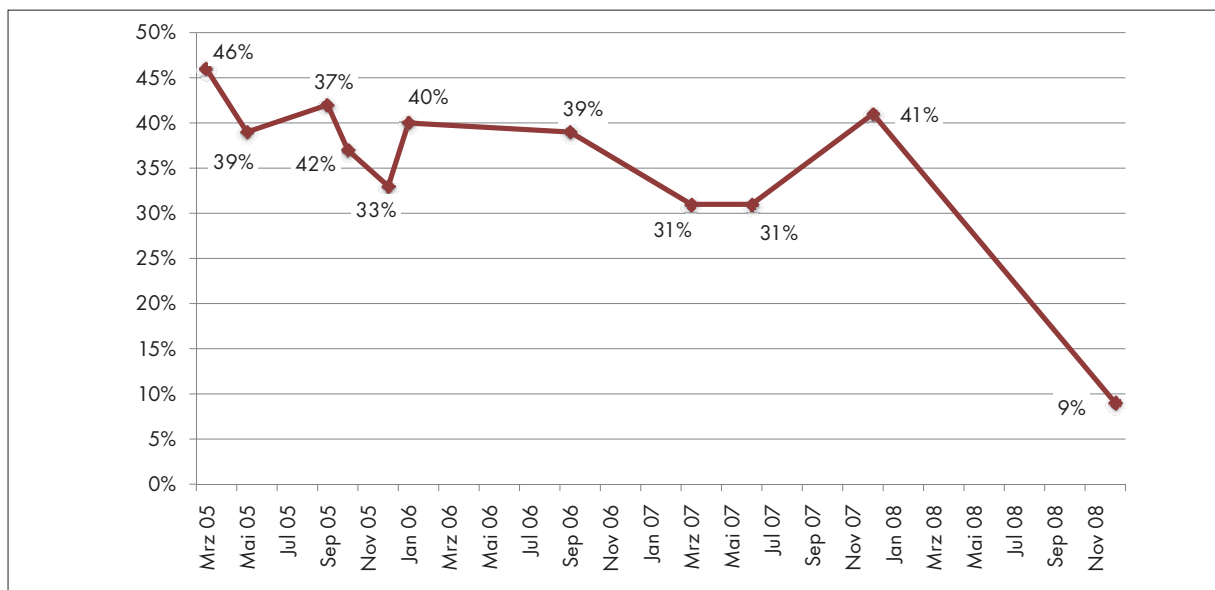
Der in diesem Jahr erwartete erhebliche Anstieg der öffentlichen Verschuldung wäre gerechtfertigt, wenn das Geld für die Entwicklung und Modernisierung der Wirtschaft aufgewendet würde, wie dies in anderen Ländern der Fall ist. Aber durch die neuen Staatsschulden wird in der Ukraine in erster Linie der Konsum finanziert, der einen Anteil von 87 % an den Gesamtausgaben hat. Offensichtlich wird das für die Bekämpfung der Wirtschaftskrise nicht ausreichen.

Über die Autorin:

Katerina Malygina ist DAAD/OSI Stipendiatin und studiert im Masterstudiengang für Internationale Beziehungen an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Sie ist freie Mitarbeiterin der Redaktion der Ukraine-Analysen.

Umfrage

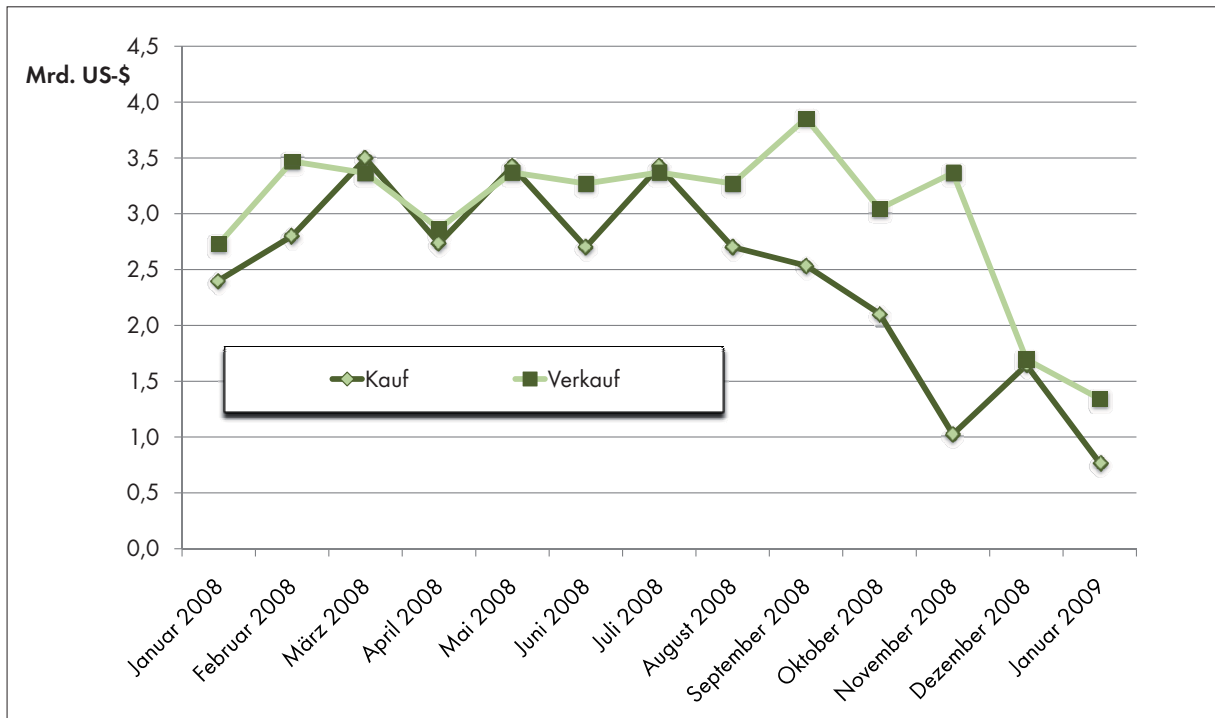
Vertrauen der ukrainischen Bevölkerung in die Nationalbank (Anteil der Befragten die »vollständig vertrauen« oder »eher vertrauen, als nicht vertrauen«)



Quelle: Repräsentative Umfragen des Ukrainischen Jaremenko-Instituts für Sozialforschung und des Zentrums »Soziales Monitoring«.

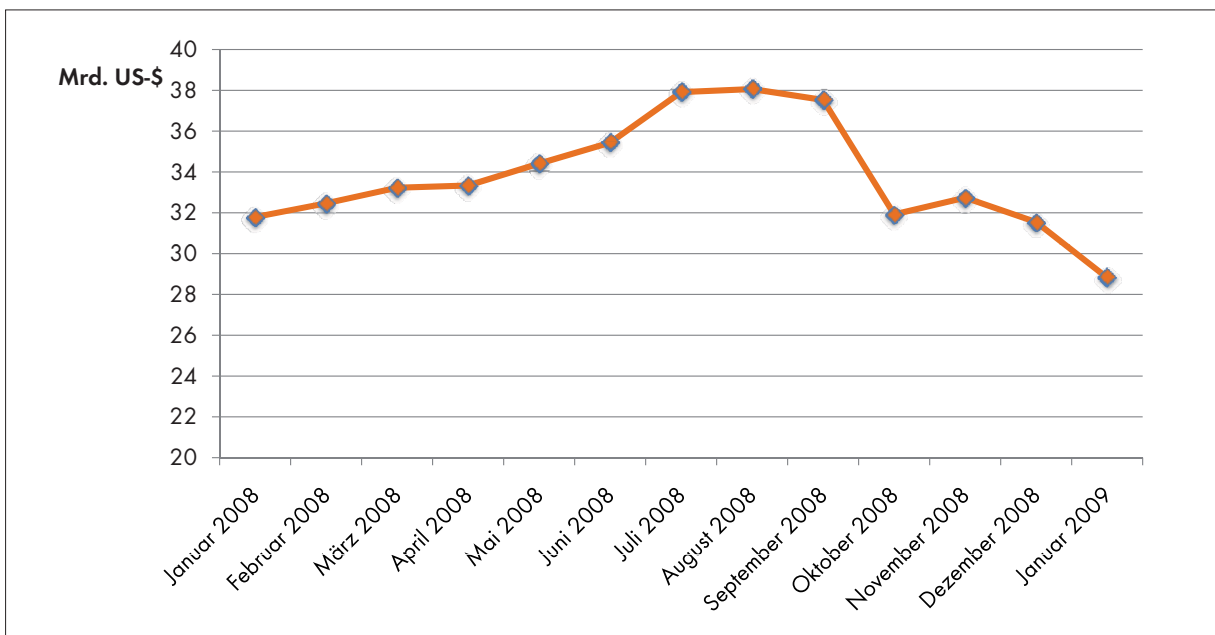
Statistik
Finanz- und Devisenmarkt

Kauf und Verkauf von Devisen durch Banken an die Bevölkerung, Januar 2008 – Januar 2009 (in Mrd. US-Dollar)



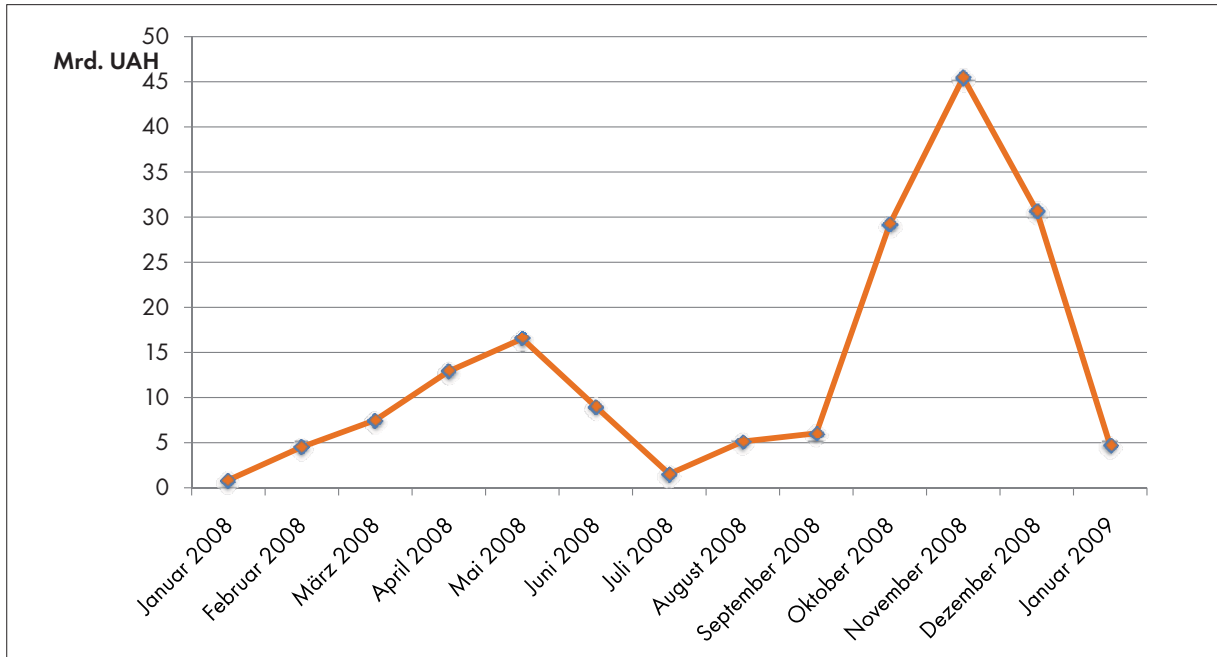
Quelle: Nationalbank der Ukraine, http://www.bank.gov.ua/Fin_ryn/Pot_tend_v/

Devisenreserven der Nationalbank, Januar 2008 – Januar 2009 (in Mrd. US-Dollar)



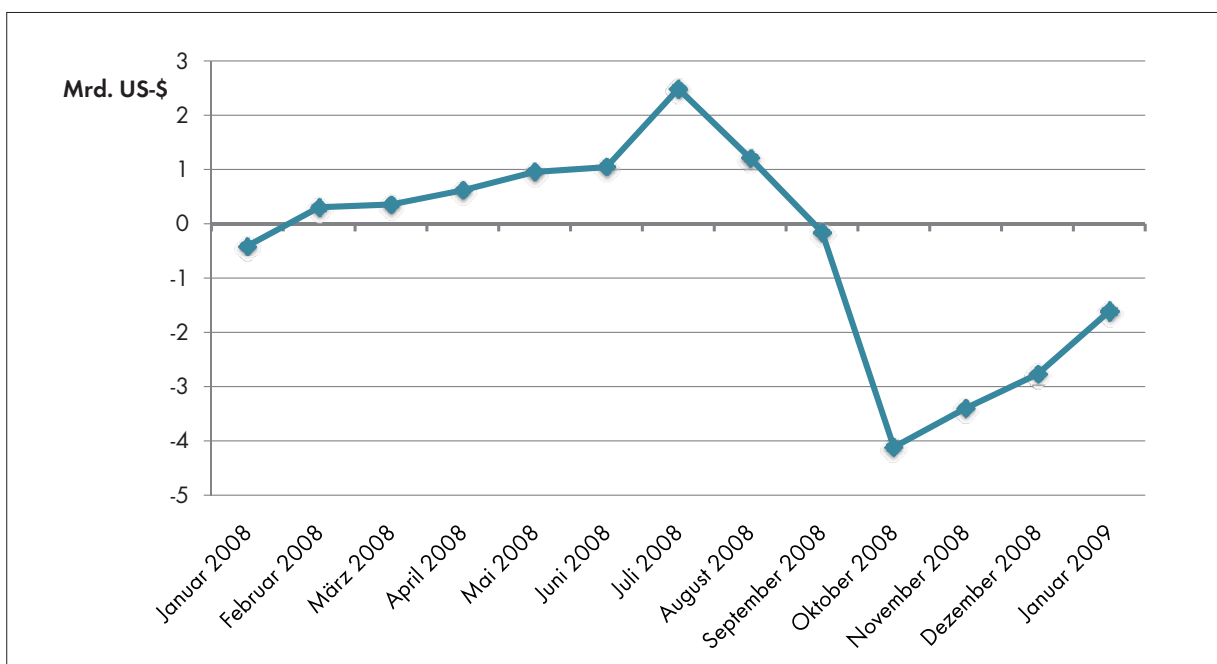
Quelle: Nationalbank der Ukraine, http://www.bank.gov.ua/Fin_ryn/Pot_tend_v/

Refinanzierungsvolumen der Nationalbank der Ukraine Januar 2008 – Januar 2009, (in Mrd. Hrywnja)



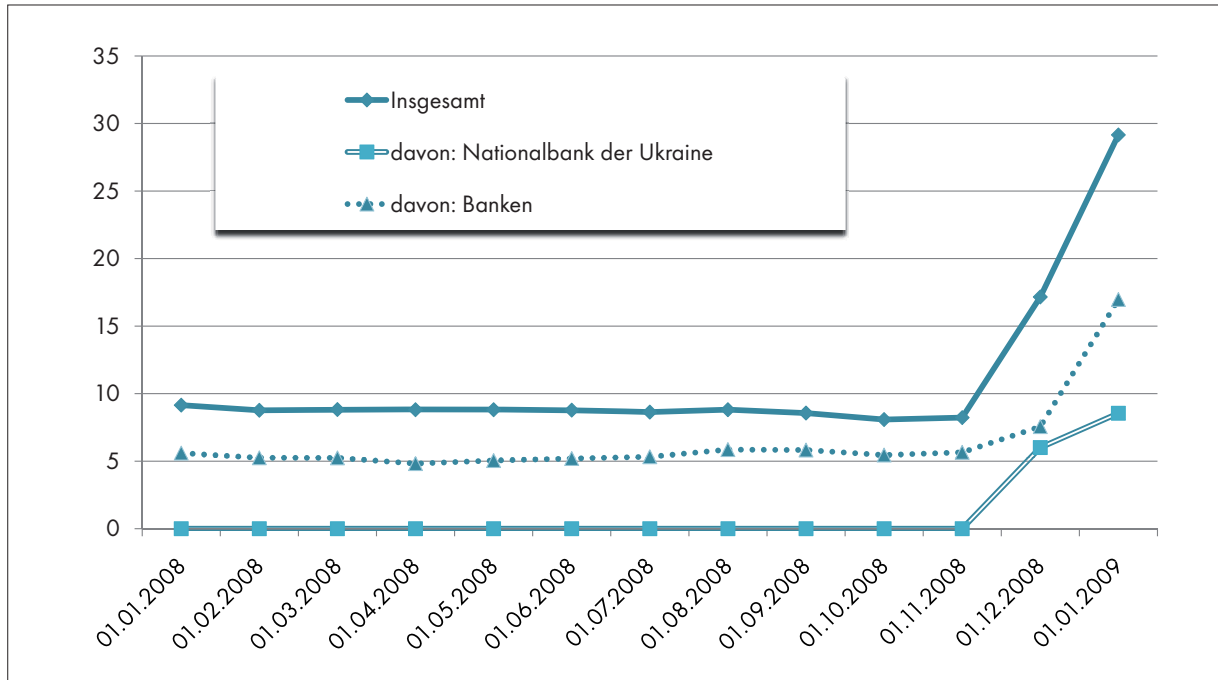
Quelle: Nationalbank der Ukraine, http://www.bank.gov.ua/Fin_ryn/Pot_tend/index.htm

Finanzergebnis der Interventionen der Nationalbank, Januar 2008 – Januar 2009 (in Mrd. US-Dollar)



Quelle: Nationalbank der Ukraine, http://www.bank.gov.ua/Fin_ryn/Pot_tend_v/

Die Inlandsverschuldung in Anleihen, 3. Januar 2008 – 9. Februar 2009 (in Mrd. Hrywnja)



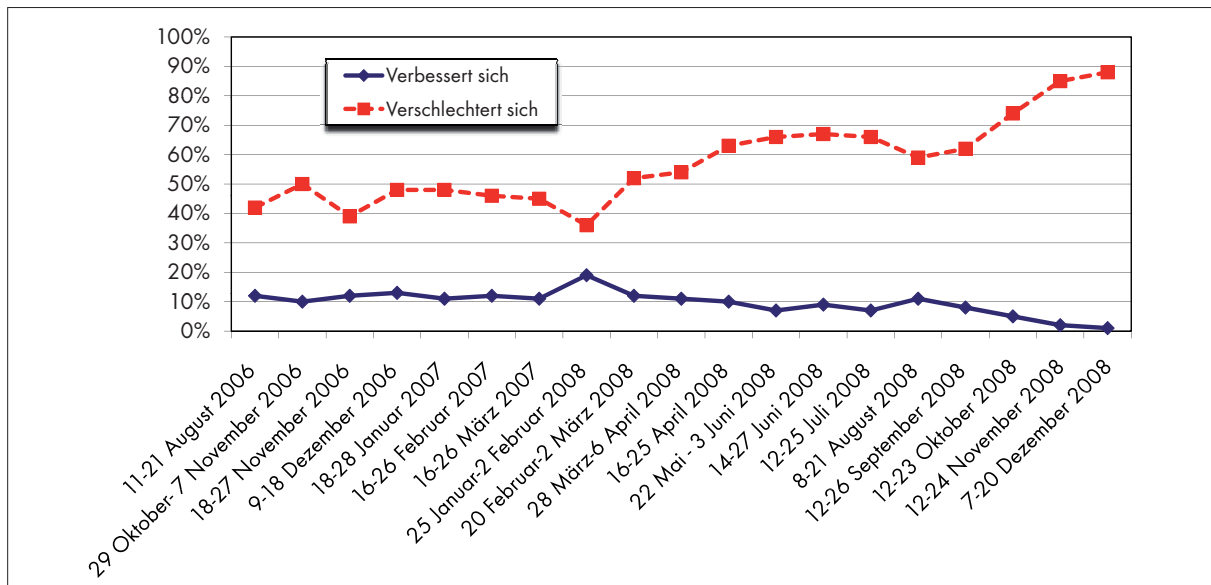
Quelle: Nationalbank der Ukraine, http://www.bank.gov.ua/Fin_ryn/OVDP/T-bills_debt.htm

Zusammengestellt von Katerina Malygina.

Umfrage

Die Wirtschaftskrise aus Sicht der ukrainischen Bevölkerung

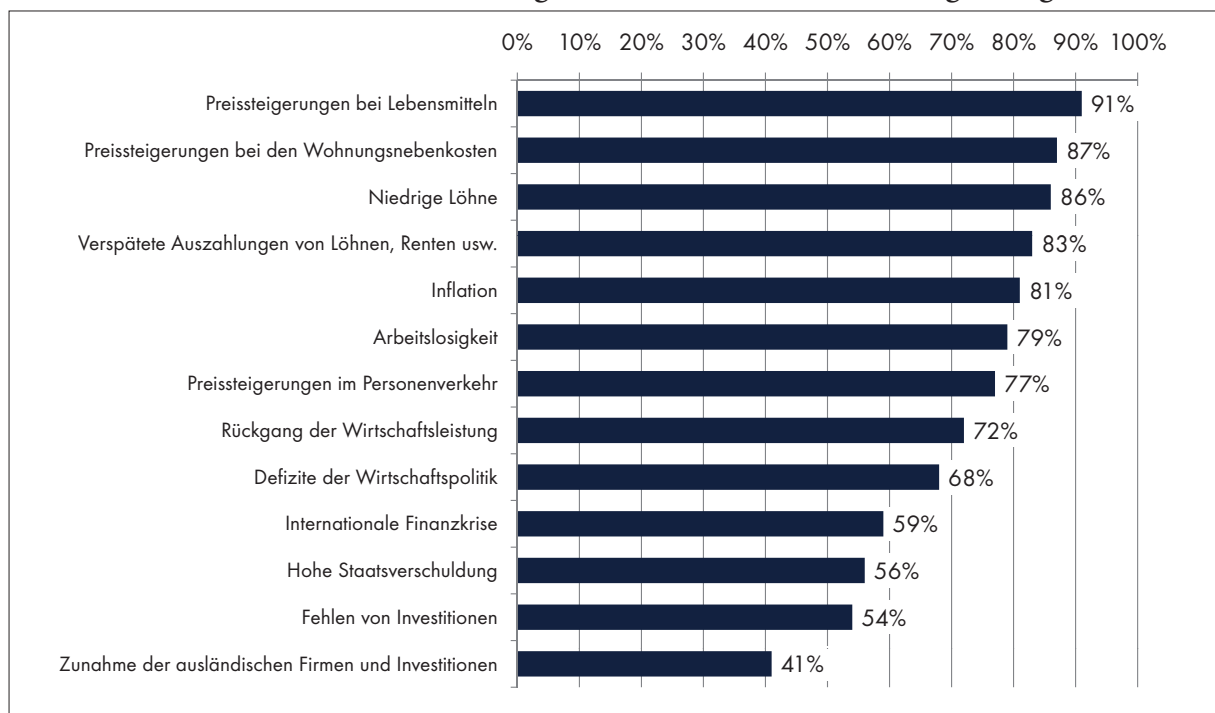
Verbessert sich oder verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage in der Ukraine heute, Ihrer Meinung nach?



Anmerkung: Die übrigen Antworten entfallen auf die dritte Antwortmöglichkeit («Situation bleibt unverändert»).

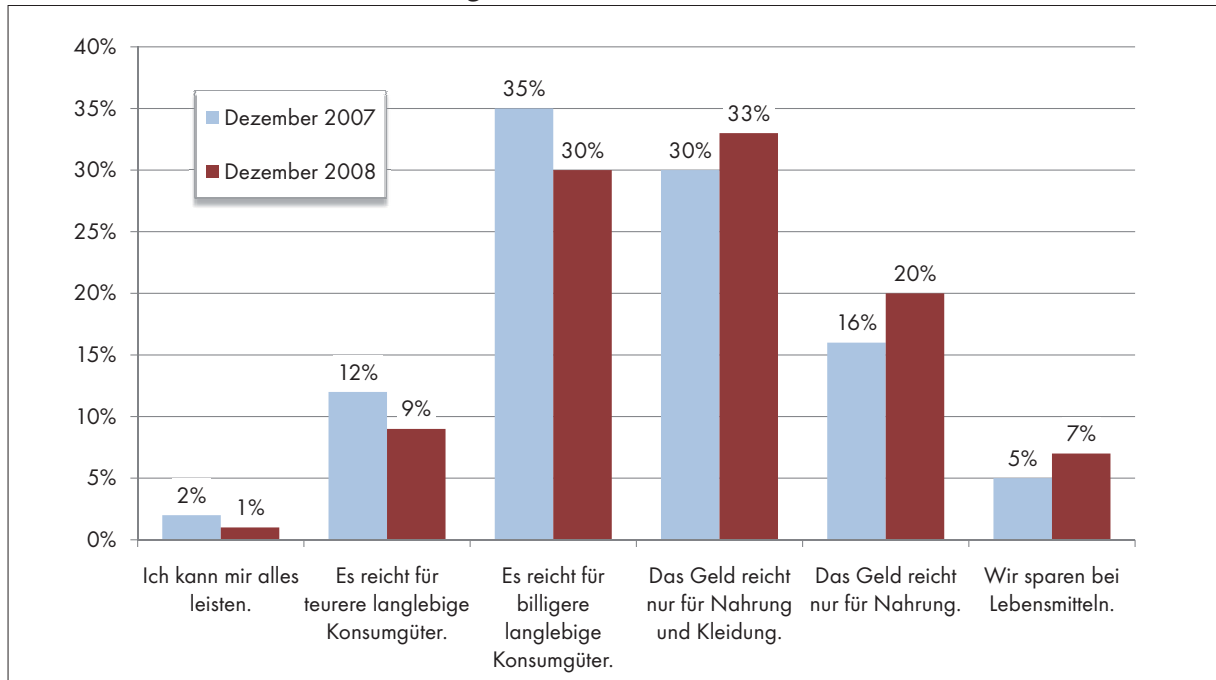
Quelle: FOM, <http://bd.fom.ru/report/whatsnew/du081101>

Was stört Sie derzeit an der Wirtschaftslage besonders? (Mehrfachnennungen möglich)



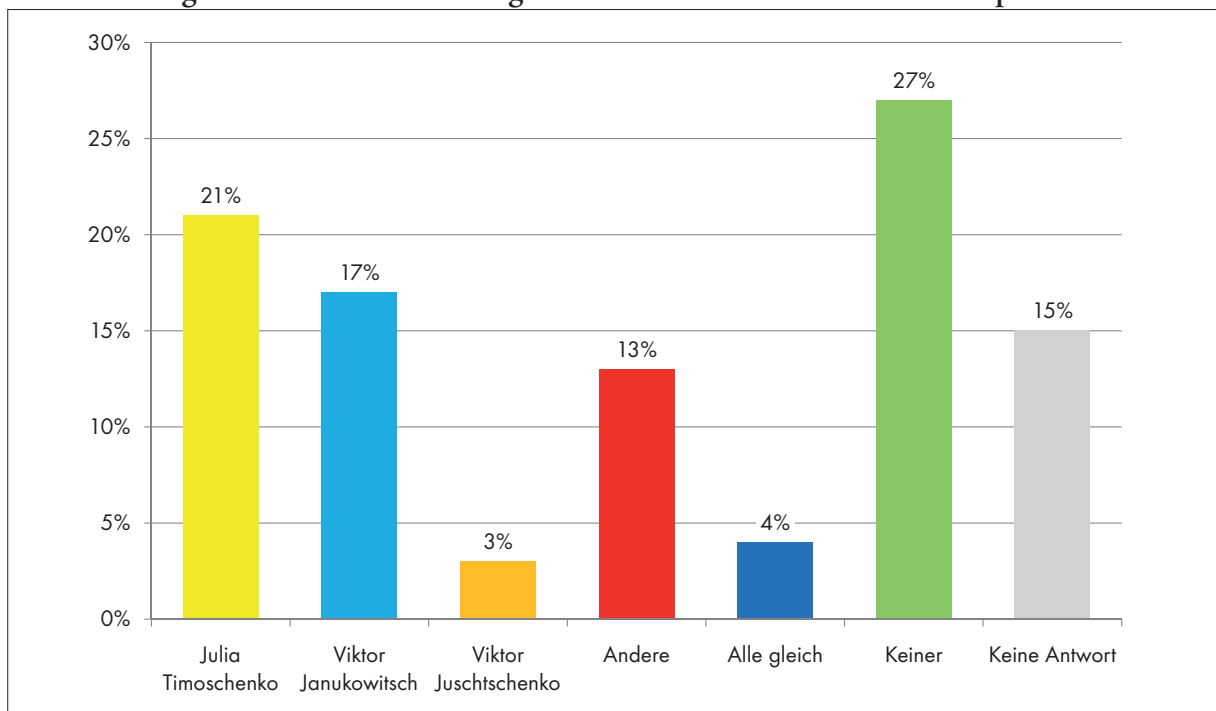
Quelle: Repräsentative Umfragen des Ukrainischen Jaremenko-Instituts für Sozialforschung und des Zentrums »Soziales Monitoring«.

Wie beurteilen Sie die finanzielle Lage ihrer Familie?



Quelle: Repräsentative Umfragen des Ukrainischen Jaremenko-Instituts für Sozialforschung und des Zentrums »Soziales Monitoring«.

Welcher der folgenden Politiker kann (unabhängig von ihren parteipolitischen Präferenzen) Ihrer Meinung nach am ehesten die Folgen der weltweiten Finanzkrise bekämpfen?



Quelle: Repräsentative Umfrage des FOM-Ukraine vom Dezember 2008, http://bd.fom.ru/map/ukrain/ukrain_eo

Chronik
Vom 28. Januar bis zum 10. Februar 2009

28.1.2009	Präsident Viktor Juschtschenko ernennt den Leiter der ukrainischen Zollbehörde Waleri Choroschkowski per Präsidialerlass zum Ersten Stellvertretenden Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine. In einem weiteren Dekret erhöht er die Zahl der Ersten Stellvertreter des Leiters auf zwei. Erst kurze Zeit später wird Choroschkowski von der Regierung aus seinem Amt in der Zollbehörde entlassen. Er hatte zuvor erklärt, dass das Gas in den ukrainischen Gasspeichern nach wie vor RosUkrEnergo gehöre und nicht Naftohaz Ukrainy, wovon die Regierung ausgeht. Die Regierung ernennt Anatoli Makarenko, den ehemaligen Leiter der Zollbehörde in Kiew zum neuen landesweiten Leiter der Behörde.
29.1.2009	Die Generalstaatsanwaltschaft kommt im Rahmen einer von Präsident Viktor Juschtschenko in Auftrag gegebenen Untersuchung zu dem Schluss, dass keine unrechtmäßige Gasentwendung aus den Transitpipelines in der Ukraine stattgefunden habe.
30.1.2009	Präsident Viktor Juschtschenko unterschreibt ein Gesetz über den Abriss des Atomkraftwerkes Tschernobyl bis zum Jahr 2065. Aus dem Staatshaushalt werden 459 Mio. US-Dollar dafür zur Verfügung gestellt.
30.1.2009	Präsident Viktor Juschtschenko fordert Haushaltskürzungen und umgehende Antikrisen-Maßnahmen. Abermals macht er Ministerpräsidentin Julia Timoschenko persönlich für die schlechte wirtschaftliche Lage im Land verantwortlich.
3.2.2009	Die Fraktion der Partei der Regionen blockiert die Rednertribüne im Parlament und fordert einen Rechenschaftsbericht des Präsidenten Viktor Juschtschenko, der Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und des Vorsitzenden der Nationalbank zur Lage im Lande. Juschtschenko ignoriert die Einladung und Parlamentspräsident Wladimir Litwin muss die Sitzung abbrechen.
3.2.2009	Der Internationale Gerichtshof in Den Haag schlägt im Streit zwischen der Ukraine und Rumänien um das Schwarzmeerschelf fast 80 % des umstrittenen Territoriums Rumänien zu. Wirtschaftlich interessant ist das Gebiet wegen der dort lagernden Gas- und Ölvorkommen.
3.2.2009	Das Parlament beendet mit einem abgestimmten Entwurf über die Präsidentschaftswahlen die Termindiskussion: festgelegt wird der 17. Januar 2010.
4.2.2009	Im Parlament findet sich keine Mehrheit für ein Misstrauensvotum gegen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Nur 203 der nötigen 223 Abgeordneten sprechen sich dafür aus. Kurz zuvor war es zu einem Handgemenge zwischen Anhängern des Block Timoschenko und der Partei der Regionen gekommen und die Abstimmung musste wiederholt werden.
5.2.2009	Der vor mehr als vier Monaten vor der somalischen Küste gekaperte ukrainische Frachter Faina wird nach langen Verhandlungen freigegeben. Laut Reuters werden für die Freilassung des mit Waffen beladenen Schiffes und seiner Besatzung 3,2 Mio. US-Dollar Lösegeld gezahlt.
6.2.2009	Das ukrainische Außenministerium wertet die Äußerung des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew, dass die durch den Gas-Lieferausfall zu Beginn des Jahres in Europa verursachten Verluste von der Ukraine erstattet werden müssten, als »unfreundlich«.
8.2.2009	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko gibt auf einer Pressekonferenz in München bekannt, dass Russland bereit sei, der Ukraine einen Kredit in Höhe von 5 Mrd. US-Dollar zur Deckung des Haushaltsdefizits zu gewähren. Der Präsidentenberater für Energiesicherheit, Bogdan Sokolowski, berichtet von Geheimgesprächen in Moskau, um finanzielle Unterstützung für Naftohaz zu erhalten. Präsident Viktor Juschtschenko sieht in der Kreditanfrage eine Bedrohung der nationalen Interessen.
9.2.2009	Die Delegation des IWF kann sich mit der ukrainischen Regierung in finanzpolitischen Fragen nicht einigen und verschiebt die Auszahlung der zweiten Kredittranche auf unbestimmte Zeit.
10.2.2009	Der belarussische Außenminister Sergej Martynow berichtet, dass die Ukraine und Belarus gemeinsame Infrastrukturprojekte im Rahmen des EU-Programms »Osteuropäische Partnerschaft« vereinbaren.

Die Ukraine-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/ukraine

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de